

Kreisverband Reinickendorf von Bündnis 90/Die Grünen

Positionspapier zum Aufholpaket des Bundes

Einführung

Die langen Schulschließungen, das Aussetzen außerschulischer Sport- und Freizeitangebote sowie der fehlende soziale Kontakt zu Gleichaltrigen während der Corona-Pandemie hat zu schwerwiegenden Folgen für Kinder und Jugendliche geführt und Familien stark belastet.

Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ des Bundes mit seinen vier Säulen ist daher grundsätzlich sehr zu begrüßen. Die höchste Priorität des Bundesprogramms liegt auf der 1. Säule „Lernrückstände abbauen“, die mit 1 Mrd. Euro um ein vielfaches höher budgetiert ist als die weiteren 3 Säulen. Dabei ist es wichtig, „Lernrückstände“ nicht nur im engeren Sinne der formalen Bildung zu verstehen, sondern insbesondere auch Einschränkungen in der körperlich-motorischen wie psychosozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit in den Blick zu nehmen.

Folgende zentrale Themenkomplexe fehlen bislang in der Diskussion sowohl mit dem Bund als auch dem Senat:

1. Gesundheitsschädigungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien (durch schlechte Ernährung, fehlende Bewegung, soziale Isolation, psychische Mehrfachbelastung in Homeschooling und Homeoffice, steigende Mediennutzungssucht und steigende häusliche Gewalt)
2. Anschluss und Übergänge Schule – Ausbildung / Beruf
3. Verstärkte soziale Spaltung zwischen Schüler*innen, Geflüchtete als am härtesten Getroffene
4. Medienerziehung als zentraler Bestandteil der Digitalisierung

Insbesondere die Punkte 2-4 zeigen auf, dass die Einschränkungen während der Corona-Pandemie nicht nur neue Probleme aufwerfen, sondern bereits bestehende bildungspolitische Schwachstellen offenbaren. Die Pandemie birgt somit die Chance, diese besser zu erkennen und politisch wie gesellschaftlich anzugehen. **Berlin muss somit konkrete Umsetzungskonzepte des Bundesprogramms vorlegen als auch eigene Anstrengungen unternehmen**, um die Programme des Bundes für die genannten Schwerpunkte zu ergänzen.

Umsetzung

1. Seelische und körperliche Gesundheit

Für die Überprüfung der körperlichen und psychischen Gesundheit sollte es in Kooperation mit den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung beim Kinderarzt die Möglichkeit einer **extra U-Untersuchung** (Corona-Untersuchung) geben, um so einen Überblick über die körperliche Verfassung der Berliner Kinder und Jugendlichen zu erhalten. Aufmerksamkeit sollte dabei auch auf das Gebiet der Videospiele- und Mediennutzungssucht gelegt werden.

Nachhaltige **Unterstützungsstrukturen** sollten durch die Stärkung des Jugendgesundheitsdienstes sowie den Ausbau der Schulpsychologie geschaffen werden. Es muss gewährleistet werden, dass alle Grundschulen mit (ausreichend) Sozialarbeiter*innen ausgestattet sind und an allen Schulen Kinderschutzkonzepte existieren.

Die von Säule 3 des Bundesprogramms bezuschussten **Ferienfreizeiten** und **außerschulischen Angebote** müssen durch die Vernetzung von Schulen, Familien- und Jugendzentren und weiteren lokalen Trägern organisiert und beworben werden, so dass nicht nur ausreichend Angebote für alle

Kinder und Jugendliche vorhanden sind, sondern auch besonders belastete und ggf. sozial isolierte Familien erreicht werden.

Um die Familienerholung zu ermöglichen, müssen Familienzentren gestärkt und das Familienförderungsgesetz in Berlin umgesetzt werden.

2. Jugendliche in Übergängen unterstützen, beraten und begleiten

2021 ist das zweite Jahr, in dem viele Jugendliche ihre Schulzeit leise beenden – ohne Abschlussfahrten, Feiern und Beisammensein. Diese Möglichkeiten bekommen sie nicht zurück. Nicht nur die **konkreten Ereignisse** fehlen hier, sondern auch die **sozialen Interaktionen**, Entwicklungsmöglichkeiten, der Austausch, die gemeinsamen Erlebnisse, Pläne für Ausbildungen, Auslandsaufenthalte aller Art.

Der Bedarf nach Begleitung von jungen Menschen insbesondere in der Phase des Übergangs von der Schule ins Berufsleben ist größer denn je. Die ad-hoc entwickelten digitalen Beratungsformate reichen an dieser Stelle nicht aus. Hier werden dringend **Patenschaftsprogramme** benötigt, um den einzelnen Jugendlichen **Zukunftsperspektiven** aufzuzeigen und für Fragen und Rat zur Seite zu stehen.

Auch die **Jugendberufsagenturen** müssen dringend wieder ihre wertvolle Arbeit aufnehmen und gemeinsam mit den Berater*innen der Arbeitsagenturen in Verbindung mit Hygienekonzepten zurück in die Schulen gehen, um Jugendliche aktiv anzusprechen und zu unterstützen. Ein weiterer Baustein sollte in **Ferienschulen** bestehen, die gemeinsam mit lokalen Arbeitgeber*innen durchgeführt werden, um Kontakte zu knüpfen, Orientierung bei der Berufswahl zu geben und so einen Weg in die Ausbildung oder Studium zu ebnet.

3. Sozialer Spaltung begegnen, Geflüchtete besonders in den Blick nehmen

Um der durch die Corona-Maßnahmen verschärfte soziale Spaltung zwischen Schüler*innen begegnen zu können, werden verstärkt **Orte und Erlebnisse der Gemeinschaft** benötigt, unabhängig von der nationalen und sozialen Herkunft oder Bildungsbiographie der Kinder und Jugendlichen. Dazu bedarf es ein stärker projektorientiertes Curriculum an den (Grund)Schulen, welches auf die Stärkung individueller und gruppenbezogener Kompetenzen setzt und das Gefühl gemeinsamen Lernens unter Schüler*innen stärkt. Kooperationen zwischen Schulen, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen sollen ermöglichen, Schule als Lebensraum zu gestalten und allen Kindern den Zugang zu außerschulischen Aktivitäten zu ermöglichen.

Die Belastung durch die Krise gilt in besonderer Weise für die Kinder, Jugendlichen und Familien, die neu zugewandert sind und vielfach noch in Erstkunfteinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften wohnen. Sie wurden durch die Pandemie am härtesten getroffen, da ihnen am wenigsten materielle und gesundheitliche Ressourcen zur Verfügung standen, um die Belastungen der Krise zu bewältigen.

Deshalb müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Auswirkungen der Pandemie nachhaltig zu bewältigen, diese Zielgruppe stets ausdrücklich mitzudenken und mit einzubeziehen. Die **Integrationsmittel des Masterplans Integration** gerade jetzt zurückfahren zu wollen, ist daher verfehlt und muss dringend korrigiert werden. Vielmehr braucht es eine konkrete Bestandsaufnahme und Ausfinanzierung der realen Bedarfe vor Ort.

4. Medienerziehung als zentraler Bestandteil der Digitalisierung

Die Corona-Pandemie hat im Zuge des hybriden Unterrichts zu einem **Digitalisierungsschub** an den Schulen geführt und eine steile Lernkurve in der Entwicklung digitaler Kompetenzen verursacht. Die fortbestehende Unterausstattung an digitalen Endgeräten und schlechte WLAN Verbindungen an den Schulen bleiben weiterhin ein Problem.

Die politische Fokussierung auf diese technische Seite der Digitalisierung übersieht jedoch die noch dringlicheren **pädagogischen Herausforderungen**, die Digitalisierung mit sich bringt. Gerade der durch vielfache Studien belegte Anstieg an Mediennutzungssucht und Cybermobbing während der Corona-Krise zeigt, dass neben **technischer Kompetenz die soziale Kompetenz** im Umgang mit Mediennutzung und gefährlichen Medieninhalten geschult und geübt werden muss.

Medienerziehung muss daher zum festen Baustein ab der ersten Klasse werden und Lehrkräfte entsprechend geschult und fortgebildet werden. Hinsichtlich der Prävention und Intervention von Cyber-Mobbing, könnten Anti-Cyber-Mobbingbeauftragte an den Schulen gute Dienste leisten. Um diese Arbeit leisten zu können, benötigen Lehrkräfte ausreichend Freistellungen.

Ausblick

Die Pandemie ist noch nicht überwunden und mit Blick auf bestehende Mutationen droht möglicherweise eine abgeschwächte vierte Welle im Herbst. Mit Blick auf die negativen Folgen vergangener Schulschließungen sollte **Präsenzunterricht** an den Schulen oberste Priorität bleiben. In diesem Sinne sollten über den Sommer alle Anstrengungen unternommen werden, um Schulen ausreichend mit Luftfiltern auszustatten und belastbare Hygienekonzepte für den Präsenzunterricht zu entwickeln.

Beschlossen am 29.6.2021 auf der Kreismitgliederversammlung